

Resolution der 28. Friedenskonsultation vom 28.-30.01.2008 in Bremen

Die Teilnehmenden der 28. bundesweiten Friedenskonsultation trafen sich am 28.-30.01.2008 in Bremen unter dem Gedanken von D. Bonhoeffer „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit“ (Fanö, 1934). Sie haben zwei verschiedene Ansätze von Sicherheitsbestrebungen – das Konzept der „erweiterten“ und das der „menschlichen Sicherheit“ – gegenüber gestellt und diskutiert. Die Teilnehmenden sehen mit Besorgnis und Kritik, wie im Bemühen um Sicherheit angesichts vieler Bedrohungen, Ängste und Verletzbarkeiten elementare Menschenrechte mehr und mehr eingeschränkt werden. Das Zusammenleben der Menschen und Völker wird zunehmend durch ein Sicherheitsverständnis geprägt, das zum Ziel hat, sich gegen andere abzugrenzen im Bestreben, selber unverwundbar zu werden. Die eigene Sicherheit kann nach Ansicht der Teilnehmenden nur dadurch wachsen, dass Wege gesucht und beschritten werden, die auch dem Gegenüber Sicherheitsbedürfnisse und Gerechtigkeitsstrukturen zugestehen. Die Teilnehmenden erkennen in der Gestalt Christi, dass Gott sich selbst verwundbar gemacht und dadurch einen Weg zu Frieden und Versöhnung eröffnet hat (Eph. 1, 14).

Wir bitten Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen, sich kritisch mit dem Begriff und Fragen der Sicherheit auseinanderzusetzen. Notwendig ist eine genaue Analyse, wo unsere Sicherheitsbedürfnisse das Leben anderer bedrohen und auf welchem Weg mehr Gerechtigkeit und Frieden erreichbar sind. Wir regen dazu an, die EKD-Friedensdenkschrift zu diskutieren und, orientiert am Leitbild des gerechten Friedens, klare politische Ziele und Handlungsoptionen für Kirche und Politik zu entwickeln. Dabei sollen Gender spezifische Aspekte berücksichtigt und der Gewaltfreiheit konsequent Vorrang eingeräumt werden.

Wir unterstützen die Erklärung des Generalsekretärs von Pax Christi „Wir warnen vor einem schleichenden Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan“ vom 17. Januar 2008, in der der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in Frage gestellt wird.

f.d.R. Jan Gildemeister, c/o AGDF, Blücherstr. 14. 53115 Bonn

Wir warnen vor einem schleichenden Übergang vom Aufbaumandat zur Kriegspraxis in Afghanistan.

Erklärung des Generalsekretärs von pax christi Dr. Reinhard J. Voß

Der Einsatz der Bundeswehr im Norden Afghanistans steht vor einer Wende. Ab Sommer könnten rund 250 deutsche Soldaten der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe (Isaf) nicht nur Aufbauarbeit leisten, sondern erstmals gezielt in Kampfeinsätze geschickt werden. Die NATO hat Deutschland und andere Truppen stellende ISAF-Nationen angefragt, ob sie ab dem Sommer eine Eingreifreserve im Norden Afghanistans stellen könnten. Im Laufe des Januars werde eine Antwort erwartet.

Mit den Beschlüssen zur Weiterführung der drei Mandate 2007 haben sich Regierung und Parlament über den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung hinweg gesetzt. Nun sehen wir die Folgen: es gibt kein Halten mehr in Richtung Kampftruppen; es gibt keine erkennbare politische Strategie und kein Ausstiegs-Szenario. Es kommt einer Kapitulation von Politik gleich, immer mehr auf die Stärkung des Militärs zu setzen. Stattdessen sollte die Bundesregierung innerhalb der NATO endlich eine Debatte über den Strategiewechsel anstoßen.

Angesichts des schleichenden Übergangs von einem Aufbaumandat zur offenen Kriegspraxis erneuert pax christi ihre Forderung nach einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Wir fordern die Rückkehr zur Politik und nicht den planlosen reaktiven Ausbau von Militär, d.h. einen neuen Dialog aller Konfliktparteien, eine konsequente Unterstützung von Alternativen der Konfliktregelung und des zivilen Aufbaus sowie eine ökonomische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die dem Land Hilfen gibt beim Umstieg vom Drogen fördernden Mohnanbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Wir sehen immer deutlicher, dass der Truppeneinsatz der USA, ihrer Verbündeten und der NATO in Afghanistan sowie die Truppenstationierungen in anderen Ländern Mittelasiens strategisch begründet sind: es geht um Geo- und Ressourcenpolitik. Die Rechtfertigung als „Bekämpfung des Terrorismus“ dient - nicht nur hier - zur Legitimation von kriegerischer Intervention und machtpolitischer Dominanz.

Bad Vilbel, den 17. Januar 2008